

Konfrontation-Koexistenz-Entspannung:

Die Welt im Zeichen des Ost-West-Konflikts

Wettstreit der Systeme im Schatten der Atombombe

Ungleiche Sieger - Chancen und Hindernisse einer neuen Friedensordnung

Als am 7 und 8. Mai 1945 die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert, hatten die Alliierten ihr Hauptziel erreicht: Die deutsche Wehrmacht war geschlagen, das nationalsozialistische Deutschland nach größten Anstrengungen und beispiellosen Verlusten besiegt. Weite Teile Europas unterstanden der direkten Kontrolle alliierter Truppen. Viele Städte lagen in Trümmern, die Ernährung der Bevölkerung war nicht überall gesichert.

In dieser Situation standen die drei Hauptsiegermächte die USA, die Sowjetunion und Großbritannien vor der Aufgabe, eine neue Nachkriegsordnung für Europa zu verwirklichen. Die Rückkehr zur Vorkriegsordnung war schon deshalb unmöglich weil Deutschland nach dem Willen der Alliierten seine starke Position in Mitteleuropa nicht wiedererlangen durfte. Zudem hatten sich die Kräfteverhältnisse unter den alten Großmächten (Großbritannien, Frankreich, USA) durch den Zweiten Weltkrieg fundamental verschoben

Aber wie konnte eine Nachkriegsordnung aussehen, die geeignet war, Krieg dauerhaft zu verhindern und politische wie wirtschaftliche Stabilität zu garantieren? Gab es überhaupt eine Chance für ein gemeinsames Vorgehen der Siegermächte? Aus heutiger Sicht stellt sich die Frage, ob der spätere Gegensatz zwischen den beiden Großmächten USA und UdSSR bereits mit dem Wegfall des einigenden Kampfes gegen das nationalsozialistische Deutschland unausweichlich angelegt war.

[Grafik 1](#) Entstehung und Phasen des Ost-West-Gegensatzes 1917-1945

Schon im Epochenjahr 1917 zeichnete sich der weltanschauliche Gegensatz zwischen Ost und West ab: Während der amerikanische Präsident Wilson in seinen "14 Punkten" ein Weltfriedenskonzept vor dem Hintergrund bürgerlich-liberaler Vorstellungen entwickelte, etablierte sich in Russland eine Regierung, die den Weltfrieden auf dem Wege einer sozialistischen Revolution zu erlangen suchte.

Dieser Gegensatz war in der Zeit zwischen den Weltkriegen jedoch nur latent vorhanden: Trotz weltweiter wirtschaftlicher Interessen praktizierte die USA einen politischen Isolationismus. Die UdSSR musste ihre Aufmerksamkeit vorrangig auf die innenpolitische Konsolidierung richten. Seit Mitte der 30er-Jahre wurde der ideologische Gegensatz zwischen Ost und West dadurch überlagert, dass USA und UdSSR im Gegensatz zu stark expansionistischen Mächten wie Deutschland, Japan und Italien an der Erhaltung des Status quo interessiert waren. Die Expansion des nationalsozialistischen Deutschlands führte zur Anti-Hitler-Koalition - einem Zweckbündnis weltanschaulich unterschiedlicher Mächte.

Erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges traten die Gegensätze offen zutage. War der gemeinsame

Feind bisher das Verbindende, offenbarten sich nun die sehr unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Interessen der Siegermächte.

Die USA hatten den Krieg ohne Zerstörung im eigenen Lande überstanden und waren zur stärksten Wirtschaftsmacht aufgestiegen. Europa wurde als Absatzmarkt interessant. Der Forderung nach freiem Zugang zu den Weltmärkten kam eine besondere Bedeutung zu. Den amerikanischen Politikern war bewusst, dass nach dem Wandel der bislang vor allem von europäischen Großmächten beherrschten internationalen Ordnung kein Machtvakuum in Europa entstehen durfte. Der amerikanische Präsident Roosevelt entwickelte 1941 die Vorstellung von der "einen Welt", eines Verbandes freier Länder, die "in einer freundschaftlichen und zivilisierten Gesellschaft zusammenarbeiten" sollten. In diesem Sinne ergriffen die USA Initiativen zur Gründung der Vereinten Nationen, die 1945 ins Leben gerufen wurden. Großbritannien ging bereits aus dem Ersten Weltkrieg geschwächt hervor. Im Zweiten Weltkrieg wurde es an verschiedenen Fronten zu Kriegshandlungen gezwungen: zunächst auf dem europäischen Kontinent, dann in Nordafrika und auch in Asien gegen Japan.

Diese Anforderungen überstiegen die Kräfte Großbritanniens. Nur durch massive finanzielle Unterstützung und die Lieferung von Kriegsmaterial durch die USA konnte das Land den Krieg überstehen. Ein Ziel Großbritanniens war es, den Status einer Weltmacht aufrechtzuerhalten. Daher wollte man das koloniale Empire nicht ohne weiteres aufgeben. Die Ordnungsvorstellungen knüpften an traditionelle Konzeptionen an: Stabilität und Frieden sollten durch ein Gleichgewicht der Großmächte erreicht, die konkurrierenden Interessen durch die Abgrenzung und das Zugeständnis von Einfluss-Sphären entschärft werden.

Die Sowjetunion hatte besonders unter dem Krieg gelitten. Das Land war vor allem in den industrialisierten Gebieten im Westen Kriegsschauplatz gewesen und lag nun weitgehend zerstört da. Es beklagte 20.000.000 Kriegstote (USA: 321 000 Kriegstote). Die Bevölkerung hatte ungeheures Leid und Entbehrungen auf sich genommen. Wegen der katastrophalen wirtschaftlichen Situation änderte sich das auch nach Kriegsende zunächst nicht. Andererseits war die Sowjetunion aufgrund ihrer militärischen Erfolge zu einer Weltmacht aufgestiegen. Mit dem Kriegsende verband man die Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung durch Reparationszahlungen des besiegten Deutschlands und finanzielle Hilfen aus der USA. Darüber hinaus war die Sowjetunion bestrebt, das eigene Staatsgebiet durch einen Schutzgürtel abhängiger Staaten in Ost-europa, Mittelasien und Fernost abzusichern. Dieses Bestreben zeigte ein ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis, das aus den Erfahrungen der Vorkriegszeit sowie der ideologisch geprägten Wahrnehmung der internationalen Beziehungen erwuchs. In den 20er- und 30er-Jahren war die UdSSR isoliert gewesen. Das kapitalistische Ausland galt als ideologischer Feind. Man fürchtete Aktivitäten zur Beseitigung des Kommunismus. Andererseits ließ die UdSSR keinen Zweifel daran, dass sie zumindest auf lange Sicht von einem weltweiten Sieg des Kommunismus überzeugt war und dieses Ziel auch konsequent verfolgte.

So wundert es nicht, dass sich die Sowjetunion und die westlichen Siegermächte trotz des Krieges gegen das nationalsozialistische Deutschland auch misstrauisch betrachteten. Ob es unter diesen Bedingungen gelingen konnte, eine gemeinsame Nachkriegsordnung zu errichten, musste sich vor allem an der Behandlung Deutschlands zeigen.

Einigendes Moment für die Siegermächte war die Überzeugung, dass der Faschismus nicht erneut Macht erlangen und von Deutschland kein Krieg mehr ausgehen durfte.

Aus Verbündeten werden Gegner

Im Mai 1949 wurde für die drei westlichen Besatzungszonen eine neue Verfassung verabschiedet, das Grundgesetz. Im gleichen Monat bestätigte ein "Deutscher Volks-kongress" den "Entwurf einer Verfassung der Deutschen Demokratischen Re-publik". Im September wurde nach den Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag eine westdeut-sche Regierung unter Bundeskanzler Adenauer gebildet. Im Oktober zog die DDR mit einer eigenen Regierung unter Ministerpräsident Otto Grotewohl nach. Deutsch-land war in zwei Staaten geteilt. Beide Staaten gehörten gegensätzlichen Machtblöc-ken an. Die gemeinsame Grenze war Teil einer ganz

Europa von Norden nach Süden trennenden Linie. Ein kontinuier-licher Entfrem-dungs- und Abgrenzungsprozess hatte einen vorläu-figen End- und Höhepunkt er-reicht, eine Entwicklung, in deren Brennpunkt das besiegte Deutschland eine zen-trale Rolle einnahm. Wie konnte es zu dieser Spaltung kommen?

Entwicklung einer Nachkriegsordnung

Bereits in den letzten Kriegsjahren hatten die Alliierten versucht, die Grundzüge einer Nachkriegsordnung festzulegen.

In der Atlantik-Charta vom 14.08. 1941 formulierten Churchill und Roosevelt hierzu erste Vorstellungen: Ausgehend vom Selbst-bestimmungsrecht der Völker sollten ter-ritoriale Umgestaltungen künftig nur mit Einverständnis der betroffenen Nationen er-folgen. Die Beteiligung aller Staaten am Welthandel, Freiheit der Meere. ein allge-meiner Gewaltverzicht und die Schaffung eines weltwei-ten Sicherheitssystems waren weitere Zielvorstellungen. Der Atlantik-Charta schlossen sich alle Kriegsgegner der Achsenmächte an. Schon hier zeigte sich jedoch Uneinigkeit. Großbritan-nien sah durch die Forderung nach Selbstbestimmung der Völker koloniale Interessen gefähr-det. Die UdSSR wollte auf jene Gebie-te nicht verzichten, die sie 1939 im Rahmen des Nichtangriffspak-tes mit Deutschland erworben hatte.

In den folgenden Jahren wurden die Vorstellungen der Alliierten über eine Nach-kriegsordnung konkretisiert.

In Jalta wurde 1945 die Teilung Deutschlands in vier Besatzungs-zonen beschlossen. Deutschland sollte Reparationen in Form von Demontagen leisten. Ein gemeinsamer Kontrollrat mit Sitz in Berlin würde eine Entmilitarisierung und Entnazifizierung durchführen. Nach der Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 übernahmen die Sieger- mächte jeweils die Regierungsgewalt in den Gebieten, die sie besetzt hielten. Als man sich im Juli des Jahres in Potsdam erneut zu einer Konferenz zusam-men-fand, hatte sich die Stimmungslage unter den Alliierten bereits gewan-delt. Die west-lichen Sieger-mächte waren mit der faktisch vollzogenen Westver-schiebung Polens durch die Sowjetunion vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

Mit dem erfolgreichen Zünden der Atombombe hatten die USA Stärke demonstriert. Zudem war nach dem Tode Roosevelts mit Harry S. Truman ein Präsident ins Weiße Haus gezogen, der gegenüber der UdSSR einen deutlich selbstbe-wussteren Kurs vertrat. All dies bewirkte Misstrauen aufseiten der Sowjetunion. Trotz der ange-spannten Stimmungslage wurde vom 17.7. bis 2.8.1945 erneut verhandelt. Dabei stand die Zukunft des besiegten Deutschlands im Mittelpunkt der Gesprä-che. Die Ergebnisse wurden im Potsdamer Protokoll festgehalten. Unzweifelhaft war die Konferenz von Potsdam der Versuch, gemeinsam die Umrise einer neuen Nach-kriegsordnung zu fixieren. In den Details der konkreten Umsetzung zeigten sich je-doch bald die ersten Risse der Siegerkoalition.

[Grafik 2](#) Die Viersektorenstadt Berlin

Gemeinsame Beschlüsse wurden in den jeweiligen Zonen durchaus unterschiedlich ausgelegt; das galt auch für grundsätzliche Zielvorstellungen wie die sogenannten "4 Ds": Demokratisierung, Denazifizierung, Demilitarisierung und Dezentralisierung. Die USA und Großbritannien zögerten zunächst, den Deutschen in ihren Besatzungszonen politische Mitverantwortung zu übertragen. Die UdSSR dagegen ging in ihrer Zone frühzeitig dazu über, kommunistische Gruppen zu fördern und den Aufbau einer demokratischen Ordnung so zu verwirklichen, wie sie ihren ideologischen Vorstellungen entsprach.

[Grafik 3](#) Die Besatzungszonen der Alliierten 1945

Weltanschauliche Gegensätze bestimmten auch die Durchführung der Entnazifizierung. Neben den Unterschieden in der Besatzungspolitik zeigten sich Differenzen hinsichtlich der Frage der Reparationen. Der Sowjetunion waren Wiedergutmachungsleistungen aus ganz Deutschland zugestanden worden, um der erheblichen Zerstörung des Landes Rechnung zu tragen. Nachdem die USA mit dem Ende des Krieges die Lieferungen an die UdSSR eingestellt und weitere Kreditwünsche abgelehnt hatten, war die Sowjetunion besonders an den deutschen Reparationen interessiert. Die Unstimmigkeiten um die Wiedergutmachungsleistungen aus den Westzonen nahmen zu, bis die USA im Mai 1946 alle Lieferungen einstellten.

Bereits an der konkreten Besatzungspolitik der Siegermächte in Deutschland wurde also eine Entwicklung deutlich, die sich in den folgenden Jahren verschärfen sollte: das Anwachsen der Gegensätze und Konfrontationen zwischen Ost und West.

Der Beginn des Kalten Kriegs

Die Spannungen unter den Alliierten wurden durch andere Konflikte in Europa weiter verschärft. In den von der Roten Armee besetzten Staaten Ost- und Südeuropas konnten kommunistische Kräfte mit Unterstützung rechnen, während oppositionelle Parteien kaum Entfaltungsmöglichkeiten hatten. Als sich 1947 im griechischen Bürgerkrieg die von den Kommunisten geführte Linke durchzusetzen schien, verfestigte sich im Westen der Eindruck, dass die Sowjetunion ihren Einflussbereich ausdehnen und den Status quo zu ihren Gunsten verändern wollte. Die US-Regierung unternahm eine deutliche Kurskorrektur. Im März 1947 entwarf der amerikanische Präsident in einer viel beachteten Rede vor dem Kongress das Bild einer zweigeteilten Welt mit einem freien und einem totalitären Teil. Er erklärte, dass die USA bestrebt seien, "die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch die bewaffnete Minderheit oder durch Druck von außen widersetzen". Diese Erklärung richtete sich gegen die Sowjetunion. Außenpolitisch folgten die USA nun der Politik des Containment (Eindämmung): Sowjetischer Druck sollte mit unmittelbarem Gegendruck beantwortet und so eine Ausdehnung des sowjetischen Machtbereiches in jedem Fall verhindert werden. Aus Misstrauen war Gegnerschaft geworden; die beiden Supermächte begriffen sich jetzt als Konkurrenten. Jede Seite

unterstellte der anderen Weltherrschaftspläne.

Der einsetzende Kalte Krieg zeigte seine ersten konkreten Auswirkungen in Deutschland. Seit 1947 gab es kaum noch Ansätze für eine einheitliche Behandlung des Landes durch die Alliierten. Die amerikanische Politik zielte nun auf die Errichtung eines westdeutschen Teilstaates und einen Zusammenschluss Westeuropas als Gegengewicht zum sowjetischen Machtbereich. Bereits Anfang 1947 wurden die englische und amerikanische Besatzungszone zur Bizone zusammengefasst. Die französische Zone blieb zunächst eigenständig. Aufgrund der historischen Erfahrungen bestanden sicherheitspolitische Bedenken gegen eine erneute Zentralisierung der deutschen Länder. Wirtschaftlich, politisch und kulturell wurde diese Zone eng an Frankreich gebunden. Nicht zuletzt die wachsende Ost-West-Konfrontation ließ die Regierung in Paris nach langem Zögern einem Zusammenschluss ihres Besatzungsgebietes mit der Bizone zustimmen.

In der so entstandenen Trizone begann man Ende 1948 ebenso wie in der sowjetischen Besatzungszone mit der Ausarbeitung jeweils eigener Verfassungen. Im Oktober 1949 waren mit der Bundesrepublik Deutschland -zwei Staaten entstanden. Der politische Graben zwischen Ost und West hatte sich damit endgültig verfestigt.

Systemkonkurrenz zwischen atomarer Katastrophe und Entspannung

Von der "Containment"-Politik zum Konzept der "massiven Vergeltung"

In den 50er-Jahren verschärften sich die Gegensätze der beiden Supermächte. Als im Juni 1950 Truppen des kommunistischen Nordkorea den Süden des Landes angriffen und damit den Korea-Krieg (1950-53) auslösten, setzten sich in den USA die Vertreter einer härteren Politik gegenüber der Sowjetunion durch. Mit dem Ziel, den kommunistischen Einfluss zurückzudrängen, wurde die Politik des Containment durch das Konzept des Roll-back ersetzt. Gestärkt durch ihre technologische Überlegenheit waren die USA nun bereit, die Konfrontation "am Rande des Krieges" zu wagen. Zwar produzierte die UdSSR seit 1950 Atombomben, sie besaß aber zunächst keine Möglichkeit diese Waffen direkt gegen die USA zu richten. Die USA dagegen konnten das Gebiet der Sowjetunion mit ihrer Langstreckenbomberflotte mehrfach bedrohen. Daneben verfügten sie über eine Reihe von Stützpunkten rund um den sowjetischen Machtbereich. So war es möglich, die UdSSR durch Androhung "massiver Vergeltung" von einem Angriff abzuschrecken und im Konfliktfall aus einer Position der Stärke zu handeln.

Die USA förderten den wirtschaftlichen, militärischen und politischen Zusammenschluss Westeuropas um ein deutliches Gegengewicht zur Sowjetunion zu schaffen. Bereits 1949 hatten sich die wichtigsten westeuropäischen Staaten mit den USA und Kanada zur NATO zusammengeschlossen, einem Militärbündnis, das Angriffen der Sowjetunion auf Westeuropa entgegentreten sollte. Der Westen Deutschlands spielte dabei eine wichtige Rolle; die USA förderten deshalb die Einbindung der Bundesrepublik in den westlichen Zusammenschluss.

[Grafik 4](#) "Fieberkurve" der Ost-West-Beziehungen

Die Sowjetunion reagierte 1955 mit der Gründung eines östlichen Militärbündnisses, dem Warschauer Pakt, und versuchte, die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. Stalin bot 1952 die Wiedervereinigung Deutschlands unter der Bedingung an, dass dieser Staat nicht an einem der Bündnissysteme beteiligt werden sollte. Bis heute wird die Ernsthaftigkeit dieses Angebotes kontrovers beurteilt. Als absehbar war, dass der Vorschlag im Westen keine Resonanz fand, beschleunigte die Sowjetunion die Eingliederung der DDR in das eigene Bündnissystem.

Gegen Ende der 50er-Jahre verschob sich das Kräfteverhältnis der Supermächte zugunsten der Sowjetunion. Als die UdSSR im Oktober 1957 den ersten Satelliten in eine Erdumlaufbahn schoss, wirkte das wie ein Schock auf die US-amerikanische Öffentlichkeit. Völlig unerwartet hatte die Sowjetunion ihren technologischen Rückstand im Bereich der Raketentechnik in einen Vorsprung verwandelt. Sie konnte das Gebiet der USA nun unmittelbar mit Interkontinentalraketen bedrohen. Beide Supermächte waren auf eigenem Territorium verwundbar geworden. Vor diesem neuen Hintergrund musste die USA ihre Roll-back-Strategie infrage stellen; an ein Zurückdrängen des sowjetischen Machtbereichs war angesichts der Gefahr eines atomaren Gegenschlages nicht mehr zu denken.

[Grafik 5](#) Die Machtblöcke im Ost-West-Konflikt